



Arbeitgeber gefährden die Zukunft hunderttausender Jugendlicher

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 19. Juni 2009

„Die Arbeitgeber gefährden mit ihrer Haltung die Zukunft einer ganzen Generation. Sie beweisen damit, dass der Ausbildungspakt kein geeignetes Mittel zur Lösung der Misere am Ausbildungsmarkt ist. Die einzig krisenfeste Ausbildungsgarantie ist eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage. Dies sollte endlich auch die Bundesregierung begreifen“, so Nele Hirsch, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zum heutigen Sondergipfel der Ausbildungspaktpartner. Hirsch weiter:

„Die Wirtschaftskrise offenbart, dass die Bundesregierung mit ihrem Ausbildungspakt seit Jahren den falschen Weg eingeschlagen hat. Die Ausbildungsplatzumlage ist der einzig gerechte Weg, denn sie folgt dem Prinzip: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Wer ausbildet, soll unterstützt werden. Aktuell stehlen sich die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung, allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Sie nehmen in Kauf, dass viele hunderttausend Jugendliche Jahr für Jahr im so genannten Übergangssystem eine Warteschleife nach der anderen drehen. Eine

zukunftsweisende Ausbildungspolitik sieht anders aus.

DIE LINKE fordert das Ende von Ausbildungspakt und Ausbildungsbonus und setzt sich für eine gesetzliche Umlagefinanzierung in der beruflichen Bildung ein. Um benachteiligte Jugendliche besser zu unterstützen, muss der Bund zudem ausbildungsbegleitende Maßnahmen verbindlich ausbauen.“